

**STATT
WEGSCHAUEN
HANDELN!**

Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Nationalsozialismus, Antisemitismus und Rassismus nicht dulden!

- **NS-Herrschaft, Rassenwahn, Eroberungs- und Vernichtungskrieg in Deutschland.**

Wenige Tage nach der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald durch die amerikanische Armee, finden sich am 19. April 1945 die Überlebenden und Widerständler zusammen. Sie leisteten einen Schwur: *Nie wieder* soll die faschistische Ideologie die Menschen leiten. *Nie wieder* sollen Menschen andere Menschen vernichten.

„Nie wieder!“ war nach der Befreiung auch in der Bevölkerung breit verankert und bildete die Leitlinie der Politik der alliierten Siegermächte Sowjetunion, USA und Großbritannien.

Im Gedenken an die Befreiung vom Nationalsozialismus wird immer mehr unterschiedslos und gleichsetzend an die deutschen Kriegsoffer und die Millionen Opfer des Nazi-Regimes erinnert. Dabei werden auch die Ursachen für den Aufstieg der Nazi-Bewegung und die Mitverantwortung großer Teile der deutschen Bevölkerung aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängt.

**Geschichtsrevisionismus und deutschen Opfermythos
sind für eine demokratische Zukunft inakzeptabel.**

- **Offen rassistische und neonazistische Parteien, wie NPD und DVU, sind wieder wählbar geworden.**

Auch und im Besonderen in thüringischen Städten und Kommunen, versuchen alte und neue Nazis die Köpfe und die Strasse mit völkischen und nationalistischen Parolen zu erobern. Dabei können sie an eine weit verbreitete Fremdenfeindlichkeit bis in die Mitte Gesellschaft anknüpfen. Das zeigte auch der letzte Thüringen Monitor, welcher im Auftrag der Landesregierung erstellt wurde.

Wir wollen in einer Zeit, in der rechtsextreme Aktivitäten zunehmen und neonazistische Gedanken eine wachsende Zustimmung im Alltag erfahren, ein deutliches Gegenzeichen setzen.

Wir fordern eine Stärkung von Initiativen gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Neonazismus und eine strengere juristische Verfolgung.

Wir wollen viele Menschen ermutigen, einzugreifen und sich aktiv gegen nazistische und fremdenfeindliche Einstellungen und Gewalt zu wenden.

Wir halten die Erinnerung an Millionen Opfer nazistischer Verbrechen und an jene, die uns und die Welt vom Faschismus befreit haben, als Mahnung und Auftrag wach. Wir streiten für ein friedliches und gleichberechtigtes Miteinander von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Sprache, Religion oder Hautfarbe, mit verschiedenen Lebensentwürfen und Überzeugungen.

Wir fordern eine soziale und rechtliche Gleichstellung der hier lebenden MigrantInnen und Flüchtlingen, da die momentanen Zustände durch rechtsextremistische Argumentationsweisen missbraucht werden.

Rechtliche Gleichbehandlung und Schutz vor Diskriminierung sind anerkannte Menschenrechte und damit Voraussetzung für eine demokratische Gesellschaft. Daher ist die zeitnahe Umsetzung eines umfassenden Antidiskriminierungsgesetz notwendig. Die Diskriminierung der MigrantInnen und Flüchtlinge ist nicht die alleinige Tat des Nazismus, sondern hat auch staatliche und gesellschaftliche Ursachen.

**Vor 61 Jahren wurden wir glücklicherweise vom nationalsozialistischen Regime befreit.
Doch die Befreiung ist nur dann wirkliche Freiheit, wenn sie für alle Menschen gilt.**

Seit 1990 wurden über 190 Menschen von Neonazis ermordet. Die Brandanschläge in Rostock, Hoyerswerda und Solingen sind nur die Höhepunkte einer traurigen Realität.

Auch im heutigen Alltag müssen Mitmenschen Beschimpfungen wie „Judensau“ und „Ihr gehört alle vergast“ über sich ergehen lassen. Erschreckend ist dabei, dass die Mehrheit der Bürger und Bürgerinnen, auch in Thüringen, der Sündenbockideologie der Neonazis folgen und daher glauben, dass die 6.000 MigrantInnen in Thüringen schuld an der Massenerwerbslosigkeit sind. Ergebnis der fehlenden echten Aufarbeitung der Zeit vom Faschismus des 20. Jahrhunderts und der Tatenlosigkeit der Mehrheit der Politiker ist, dass die und MigrantInnen, Flüchtlinge, Juden und andere Minderheiten ungestört von Neonazis niedergeschlagen und getötet werden.

• **Die faschistische Ideologie lebt weiter: Denn auch heute sind die Opfer Ausländer, Juden und Deutsche.**

Tatmotive und Opfergruppen rechtsextremer Gewalt im Jahr 2005:

Rassismus/Ausländer	42 %
Antisemitismus/Juden	1 %
Homophobie	1 %
Behindertenfeindlichkeit	1 %
gegen linke Aktivisten	9 %
gegen Nicht-Rechte (meist Jugendliche)	40 %
Sonstige/unklar	3 %

• **Antirassistische Gesellschaftspolitik und interkulturelle Gesellschaft muss her!**

Ziel unserer antirassistischen und antifaschistischen Aktivitäten ist die Beseitigung jedweder materiell und kulturell-ideologischer Diskriminierung von Menschen, ob aus sozialen, sexistischen oder rassistisch-antisemitisch-nationalistischen Gründen, als Voraussetzung einer demokratischen, solidarischen und multikulturellen Gesellschaft. Der wirksame Abbau von Rassismus, Antisemitismus und anderen autoritär-reaktionären Deutungsmustern und Vergesellschaftungsformen gelingt nur über den umfassenden Abbau von Diskriminierungen, von Ausgrenzungen und individualistisch-entsolidarisierenden Konkurrenzkämpfen und ökonomischer sowie kultureller Entfremdungsformen.

Voraussetzungen sind:

- **Schaffung sozialer Sicherheit, ausreichende Versorgung mit Arbeitsplätzen und Wohnraum, soziale Grundsicherung für alle;**
- **konsequente Politik gegen Diskriminierung von Frauen, Nichtdeutschen, Juden und anderen Minderheiten und für die Gleichstellungsrechte aller Menschen;**
- **demokratische und antirassistische Erziehung und öffentliche Aufklärung;**
- **Schaffung eines gesetzlichen Diskriminierungsverbotes und Sanktionsmittel gegen die UrheberInnen von Diskriminierung, Antisemitismus und rassistischer Hetze;**
- **Bleiberecht und Einrichtung von öffentlichen Stellen für Flüchtlinge und EinwanderInnen sowie zur Unterstützung von interkulturellen Verständigungsbemühungen;**
- **Abschaffung jeglicher Sondergesetze für "AusländerInnen".**
- **Die Antifas und andere Initiativen gegen Rassismus, Antisemitismus und Neonazismus dürfen von der Politik nicht diskreditiert werden, da alle Bemühungen wichtig sind und gebraucht werden.**

Bundes-, Landesregierung und BürgermeisterInnen, die solche Mittel nicht umsetzen, helfen dem Neonazismus.

Antisemitismus, Rassismus und Nationalismus war keine selbsterfundene Ideologie der NSDAP, sondern von großen Teilen der Politik und Bürgern in der Weimarer Republik aufgegriffen. Die wirtschaftliche Lage im so genannten „Dritten Reich“ verbesserte sich nur auf Kosten der Juden und der besetzten Länder.

Heute plädieren die NPD und andere Neonazigruppen wieder für einen autoritären Staat, der den „Willen der Volksgemeinschaft“ durchsetzen soll. In den wirtschaftspolitischen Aussagen herrschen Antikapitalismus-Parolen, wie „Die Wirtschaft muss dem deutschen Volk dienen“ oder „Der gesamte Grund und Boden ist Eigentum des Volkes“, vor. In ihrer Mischung aus Fremdenfeindlichkeit, reaktionären Gesellschaftsmodell, sozialistischen Parolen und dem Glauben an autoritäre Führung ist die Programmatik der NPD jener der NSDAP der 1920er ähnlich.

Trotz der Erfahrung aus dem „Dritten Reich“, in dem mehr als 6 Millionen Juden ermordet wurden und der Krieg fast 60 Millionen, auch vielen Deutschen, das Leben gekostet hat, wird der Neonazismus nur von einer Minderheit bekämpft, während gleichzeitig die Anhängerzahl wächst.

Heute sind Nichtdeutsche, Juden und andere Minderheiten die Opfer, morgen könnten es wieder alle sein! Deshalb: Wehret den Anfängen! Werdet aktiv!

"Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht"

Karl-Willi Beck, Bürgermeister Wunsiedel

Am Stadtrand räumt die Polizei die Güllewagen weg, die Bauern aufgefahren hatten, um den Sammelpunkt der Neonazis zu blockieren. Überall rechte Familienclans, mit Kleinkindern und Großeltern, die Buttons mit dem Konterfei des NS-Kriegsverbrechers Heß tragen. Inmitten des Geschehens, steht Matthias Popp, stellvertretender Bürgermeister der 10.000-Einwohner-Stadt, und sagt: "Wir werden es den Neonazis in diesem Jahr so unbequem wie möglich machen."

**"Bündnis für Demokratie und Toleranz".
"Wegschauen ist der Nährboden des Nationalsozialismus" – eine Stadt wehrt sich!**

Als die Blockierer nach der zweiten Aufforderung der Polizei die Straße räumen, ziehen 4.000 Neonazis triumphierend am Bürgermeister vorbei: Mittendurch zwischen rund 500 wütenden Bürgern auf der einen Seite der Straße und lauter Punkmusik von 300 Autonomen auf der anderen Straßenseite.

Es gab viele Bürger, die mir gesagt haben, dass wir das Richtige tun. Michael ist stolz auf den Bürgermeister; seine Freunde von der Jugendinitiative gegen Rechtsextremismus haben die Transparente gemalt, "Nazis sind Narren", die über die Hauptstraße gespannt sind, auf der die Neonazis marschieren. Ein Polizeihauptmeister sagt offen: „Wenn ich Bürgermeister von Wunsiedel wäre, würde ich mich auch auf die Straße setzen.“

Wer war einer der „Ungehorsamen“?
Ein Linksextremist? Nein, der CSU-Bürgermeister Karl-Willi Beck, Wunsiedel

Programm 16. Antirassismus/Antifaschismus Ratschlag Thüringen, 11. November 2006, Pößneck

1. 10 Uhr: Antifaschistisches Plenum, Shedhalle, Karl-Gustav-Vogel-Str. 3
2. 12 Uhr: "Großer Spaziergang" - Mahngang durch die Stadt zum Gymnasium
3. 13 Uhr: Workshops und Foren zum Thema Nationalismus, Antisemitismus und Rassismus, Gymnasium, Schillerplatz
 - Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen
 - Parolen/Stammtischparolen (Argumentationstraining)
 - Erfahrungen des ABC bei der Arbeit gegen Rechts in Pößneck
 - Zivilcourage leben! Courage lernen durch Aktionstheater
 - „Opfer rechter Gewalt“ - ein Workshop mit Besuch der Ausstellung „Opfer rechter Gewalt“
 - Nie wieder Ausschwitz - nie wieder Antisemitismus
 - Die Codes, Zeichen und Symbole des Neonazismus
 - Die „Artgemeinschaft“ - nazistische Religion? Immobilienprojekte der rechtsextremen Protagonisten
 - Prävention im Sport
 - Umgang mit Übergriffen: Ziviler Ungehorsam - rechtsextreme Gewalt - geringe und falsche Reaktion des Staates und der Polizei
 - Geheimdienste
4. 17 Uhr: Mahnwache gegen Antisemitismus - Opfer der Judenverfolgung in Pößneck
5. 18 Uhr: Friedensgebet, Kultur/Musik, Stadtkirche. Kirchplatz

GestalterInnen: LAG Antira/Antifa Thüringen, Aktionsbündnis Courage Pößneck, Kontaktstelle für Demokratie und Zivilcourage, Initiative für Toleranz und Aufklärung, Evangelische Kirche Pößneck
und unterstützt von: Gewerkschaft ver.di Ostthüringen; Gewerkschaft ver.di Landesfachbereiche Handel und Besondere Dienstleistungen Thüringen